

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmöndlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-N. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 15 593, Emil Schlegel-Schiffelung: Dresden-N., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Erscheinungstage der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Montag, den 10. Januar 1927 Nummer 7

Mietssteigerung — Mieterschutzkaufhebung der Preis der sächsischen Regierungsbildung

Freigabe der gewerblichen Räume

Auch am Sonnabend sind die Verhandlungen für die morgen in Sachen zu bildende Regierung noch nicht zu einem endgültigen Abschluss gekommen. Jedoch scheinen die Mitteilungen, die angeblich, daß die MSP das Ministerpräsidentium und das Arbeitsministerium erhalten sollte, recht zu behaupten. Wie wir erfahren, hat der bisherige Arbeitsminister G. L. S. T. A. R. der Zuspätkommen auf den Posten des Vorsitzenden des Dresdener Gewerkschaftsrates war, dem Kartell mitgeteilt, daß er auf diese Stelle jetzt nicht zurückkehrt, da er weiterhin Arbeitsminister bleiben werde.

Die Sächsisch-Böhmische Korrespondenz verbreitet eine Mitteilung, in der sie besagt, daß die Hauptaufgabe liegt an der Wohnungsfrage. Die Wirtschaftspartei wolle die Wohnungsangelegenheit dem Wirtschaftsministerium, auf welches diese Partei Anspruch erhebt, zugewiesen haben, oder die Wohnungsfragen sollen dem Ministerium des Innern zugewiesen werden. Die Antisozialisten sollen dieser Regelung Widerstand entgegenzusetzen, sie wollen die Wohnungsfrage beim Arbeitsministerium belassen, das ihnen zuwille ist. Die S. B. Korrespondenz erklärt, es sei aber anzunehmen, daß man das Arbeitsministerium so belasse, wie es jetzt ist, jedoch unter den Parteien vorher eine Regelung der Wohnungsfrage vereinbare. Über die Stellung der Wirtschaftspartei wird mitgeteilt:

„Besonderen Wert legt die Wirtschaftspartei darauf, daß die neue Bekämpfung der Hausbesitzer durch Erhöhung der Mieten und durch Erhebung der Grundsteuerumlage durch die Gemeinden in einer Erhöhung der Mieten zum Ausdruck kommt. Weder kurz oder lang wird sich dies unter dem Zwang der gesellschaftlichen Bestimmungen nicht vermeiden lassen, und es dürfte daher auch für die Antisozialisten kein absolutes Hindernis sein, von einem bestimmten Termin an in eine Erhöhung der Mieten zu willigen. Ferner verlangt die Wirtschaftspartei die Freigabe der gewerblichen Räume und betont, daß man sie so wie in Preußen widerwillig gestalten konnte, daß jederzeit die Möglichkeit besteht, bei geeigneten Umständen die Freigabe wieder anzugehen. Überdies weist die Wirtschaftspartei darauf hin, daß ein demokratischer Antrag vorliegt, Sittlichkeit zwischen Hausbesitzern und gewerblichen Mietern über die Höhe der Miete einem Schlichtungsausschuß zur Erledigung zu überweisen. Die Annahme dieses Antrages sei sicher und demgemäß keine Gefahr für die Mieter vorhanden. Im ganzen lauten die Wünsche der Wirtschaftspartei darauf hinaus, dieselbe Regelung der Wohnungs- und Mieterfragen in Sachsen zu treffen wie in Preußen. Man sollte denken, daß hierüber eine Verständigung erzielt werden könnte.“

In Preußen sollen die Mieten bekanntlich auf 100 Prozent der Friedensmieten heraufgesetzt werden. Für die gewerblichen Räume fordert man aber schon Mieten von über 200 Prozent. Auch hat die Freigabe der gewerblichen Räume dazu geführt, daß eine große Menge Ladenbesitzer rußstoffslos gekündigt wurde. Die kleinen Gewerbetreibenden, als deren Partei sich die Wirtschaftspartei ausgegeben, werden ihrer Existenz beraubt, brotlos und obdachlos. Das ist die Mittelstandsvertretung durch die Wirtschaftspartei. Da die kleinen Händler und Gewerbetreibenden nun begreifen werden, daß sie wieder einmal betrogen sind?

Die Bildung der Reichsregierung

Heute beginnen in Berlin die offiziellen Verhandlungen über die Bildung der Reichsregierung. Wie hier die Lösung ausfallen wird, steht noch nicht fest, jedoch schreiben die bürgerlichen Agenturen, daß mit dem Zustandekommen einer beschränkten Lösung, einem Kabinett von Dauer nicht zu rechnen ist. Heute wird der Reichspräsident den Präsidenten des Reichstages, Herrn Löbe, dann die Vertreter der fünf Fraktionen, aus der SPD Hermann Müller, von den Deutschnationalen Graf Helldorf empfangen.

Die gesamte bürgerliche Presse teilt mit, daß an ein Zustandekommen einer Großen Koalition oder einer Weimarer Koalition nicht zu denken sei. Andererseits lehnt das Zentrum die Bildung eines Großen Bürgerblocks ab. Das Zentrum will sich an einem Kabinett unter Führung der Volkspartei nicht beteiligen. Als Kanzler wird erneut Marx genannt. Der Sozialdem. Reichspräsident brachte die Mitteilung, daß die SPD ein Kabinett Marx wieder unterstützen werde. Der Vorwärts hat diese Mitteilung seinen Lesern wohlwollend unterschlagen. Eben erst hat man Marx gefeiert, jetzt will man ihn wieder unterstützen, das ist selbsterwiesene sozialdemokratische Arbeiterpolitik. Die SPD bemüht sich mit aller Macht, in die Große Koalition hineinzukommen. Im Vorwärts bemüht sich Bernstein, in einem langen Leitartikel nachzuweisen, daß die „Massenkämpferische“ SPD sehr wohl koalitionsfähig sei, denn der Klassenkampf sei nur ein theoretischer Begriff. Trotz dieser Bemühungen verläßt die Volkspartei durch Freiherrn von Rheinbaben;

Die Deutsche Volkspartei wird sich nicht zur Großen Koalition, weder als aktiver noch als stiller Teilhaber, bereitfinden und sollte auf Grund der letzten Geschehnisse darüber

Jetzt muß sofort die große Front der Mieter aufmarschieren und gegen die Pläne Front machen. Die Passivität bei der Regierungsbildung rächt sich schon, neue ungeheure Lasten stehen bevor. Die SPD-Arbeiter mögen sich bei ihren Führern dafür bedanken, die jede Aktion gegen den Mieterkampfhandel abgelenkt und die Durchführung der Pläne der Reaktionäre erst ermöglicht haben.

Im Chemnitzer Tagespost veröffentlicht der deutschnationale Abgeordnete Professor Dr. Siegers einen Artikel, in dem er erklärt, daß die Deutschnationalen die Wahl Helldorfs wohl ermöglichen werden. Jedoch werden sie sich dabei nicht auf Zugeständnisse einlassen. Die Deutschnationalen seien zu stolz zum Kuhhandel. Von dieser Stolz hat Helldorf nachgelassen, er ist zufrieden die Beteiligung an den Ministerien, jetzt unterstützen sie.

Die Mühe, die sich der Ideologe gibt, zu beweisen, daß sie keine Bedingungen gestellt, daß für sie die Regierungsbildung kein Geschäft sei, ist eine vergebliche Mühe. Jeder kennt den betriebenen Kuhhandel. Das weitaus größte Hindernis aber, die Regierung wird damit auf der oben angegebenen Plattform gebildet. Mit ungeheurerlichen Mietssteigerungen, mit der Vernichtung tausender Existenzen, mit der Auslieferung der Kleingewerbetreibenden an die Hausbesitzerwut wird der Kuhhandel zum Wahnsinn gebracht. Begreifen die Massen der Beschäftigten, weshalb wir die Landtagsauflösung erklämpfen wollten, begreifen sie jetzt, daß es ein Verbrechen ist, wenn die SPD-Führer den Dingen ratenlos zusehen?

Jetzt erst muß die Aufgabe sein, die Mobilisierung der breitesten Front zur Beilegung des Landtages.

Massenproteste der Mietervereine

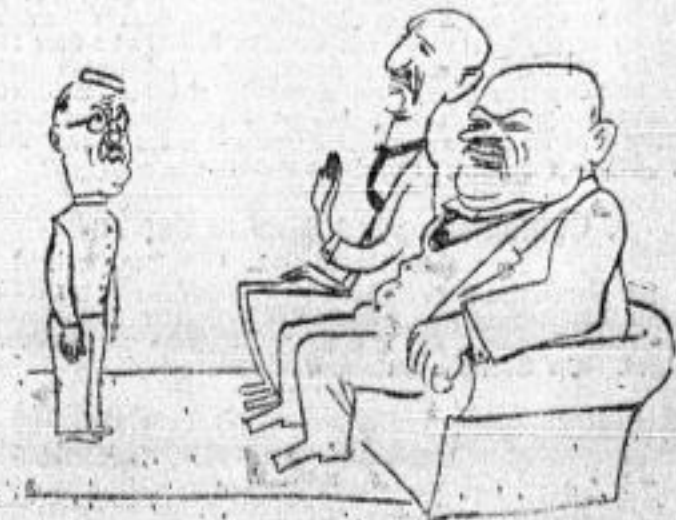
Der M. P. teilt mit:

Unter zahlreicher Beteiligung von Mieterorganisationen aus dem Reich sind gestern in Berlin in den Räumen des Clau eine von den Berliner Mieterorganisationen im Bunde Deutscher Mietervereine und 88 Spitzenverbänden des Handels, Handels- und Gewerbes veranstaltete Protestkundgebung gegen die dröselige Mietzinserhöhung und die Forderung des Mieterrechtes statt. Als erster Redner über die Bundesvorsitzende des Bundes deutscher Mietervereine, Herrmann Dresden, sprach Kritik an dem Entsch. des preussischen Wohlfahrtsministers, dessen Inkrafttreten zahlreiche Konflikte und Zusammenbrüche zur Folge haben würde.

Dr. Auerbach vom Reichsverband Deutscher und Berliner Schuhwarenhandlerteilte mit, seitens des Wohlfahrtsministeriums sei erklärt worden, daß gegenwärtig an eine Änderung der Verordnung nicht zu denken sei. Nach weiteren Ansprüchen wurde eine Entschickung angenommen in der schärfster Widerspruch gegen die dröselige Mietzinserhöhung und die Forderung des Mieterrechtes durch die Verordnung des preussischen Volkswohlfahrtsministers vom 11. November 1926 eingeleitet wird. Die Berliner Mietervereine lehnte jede weitere Befassung als völlig nutzlos ab und betonte die Verordnung als einen Angriff auf ihr Wohn- und Existenzrecht. Sie fordere von Regierung und Parteien Berücksichtigung und sojales Verständnis für ihre bedrückte Lage, die sofortige Zurückziehung der Verordnung und verschärfte Maßnahmen zum Schutze von Wohnung und Existenz.

auch nicht mehr verhandeln. Ich glaube mich, erklärt Freiherr von Rheinbaben, in der Haltung meiner politischen Freunde nicht zu trennen, wenn ich erkläre, daß die Bildung der Großen Koalition nach der ganzen inneren Politik der Sozialdemokraten seit 1923, besonders aber nach ihrem Angriff auf die Reichswehr, auf absehbare Zeit unmöglich geworden ist.“

Hermann Müller (SPD) „verhandelt“



Müller: „Wenn die Herren sonst noch Wünsche haben?“
Stegerwald (Zentrum): „Wäre gefälligst drängen, bis man sich ruff.“
Erdmann: „Komm, gar nicht in Frage.“

Der Giftgaschwinkel der DV

Giftstellung der imperialistischen Hege gegen die Sowjetunion.

Der Völkerbund, besonders England, will den Krieg gegen die Sowjetunion. Er trifft dazu lieberhafte Vorbereitungen. Und der Sancho Panza des Völkerbundes, die Sozialisten der Zweiten Internationale, helfen nach besten Kräften. „Schweres Geschick her!“ Es gilt vor allem die öffentliche Meinung davon zu überzeugen, daß die Sowjetunion der „Störenfried“ ist. Die Position muß sturmartig gemacht werden!“ sagt sich die DV und läßt, daß sich die Völker biegen.

Die „Linken“ Sozialdemokraten in Sachsen stehen vor wichtigen Entscheidungen. Ja, sie haben sich schon entschieden. Sie sind trotz aller radikalen Phrasen offen und verschleiert — je nachdem es die Situation zuliebt — für eine Koalition mit dem Bürgerium. Da ist es gut, von der eigenen Schuld abzulassen. „Schaut nach China, den malaiischen Inseln, Siam! Heberall, wo es brannt, haben die Bolschewiken ihre Finger dazwischen!“ Schaut nach der Sowjetunion, dort fabrizieren Hakenkreuz und Sowjetkern gemeinsam Giftgas und Granaten für die deutsche Reichswehr zu Zwecken des Bürgerkriegs!“ Ist diese Behauptung der SPD auch noch so unsinnig — so daß bei einigem Nachdenken jeder Klassenbewußte Arbeiter den Schwinkel erkennen wird — erzielt sie doch immerhin, daß in den Betrieben über „Giftgasproduktion in Rußland“ und nicht über die Schuld und Verbrechen der sozialdemokratischen und freigeberischen Führer gesprochen wird. Sie kann inzwischen im Stadtparlament und im Sächsischen Landtag die schändlichen Anträge einbringen und durchsetzen lassen.

In der Sowjetunion wird seit Jahren mit allen Kräften und mit bestem Erfolg am sozialistischen Aufbau gearbeitet. In den wenigen Jahren, seitdem die offenen Bürgerkriegskämpfe drüben beendet und die russischen Arbeiter und Bauern die Hände für die Entwicklung der kommunistischen Wirtschaft frei bekommen, ist mehr als unter dem Jaten in Jahrzehnten geleistet worden. Die Sowjetunion konnte, nachdem durch die Methoden der Diktatur des Proletariats die Macht des proletarischen Staates gefestigt war und die vorhandenen materiellen Kräfte nicht entfernt zur notwendigen raschen Erschließung des riesigen Landes ausreichten, durch Aufnahme von Handelsbeziehungen mit ausländischen kapitalistischen Staaten und Konzernen an die Verwirklichung größerer Projekte gehen. Das Mittel waren die sogenannten Auslandskonzessionen. Deutsche und andere Kapitalisten, die in Rußland Konzessionen erwarben, rechneten natürlich auf „höheren Gewinn und den schließlichen Zusammenbruch des Sowjetregimes“, der ihnen weitere Vorteile sichern würde. Während die Sowjetunion auf Grund ihrer Beträge und durch kräftige Veranschlagung der konzentrierten Betriebe den größten Vorteil an den auf diese Weise neuerschlossenen Produktionsstätten sich sicherte. Es ließ sich gar nicht vermeiden, daß Auslandsregierungen privatkapitalistisch konzentrierte Gruppen bei diesen „Geschäften“ begünstigten oder gar finanzierten. Wir erinnern an die Junkers-Werke, die als Auslandskonzession zustande kamen und wegen der verdorbenen Flugzeugproduktion in Deutschland von der deutschen Regierung bei ihren Fabrikationen im Ausland mit Zustimmung der Sozialdemokratie unterstützt wurden. Die Sowjetunion hatte an der Entwicklung der Flugzeugtechnik natürlich ein größtes Interesse. (Die Junkers-Werke lieferten an die Sowjetunion und diese übernahm auch nach der Platte der Junkers-Werke ungenügend die kompletten Anlagen.) In der Sowjetunion wurden auch zuerst die großen Heberlandslinien eingerichtet. Natürlich lag die Entwicklung der Flugzeugtechnik auch im Interesse der revolutionären Verteidigung des Landes. Es ist bekannt, daß alle kapitalistischen Staaten — Deutschland laut Versailles Vertrag im geringeren Maße — die Flugzeug- und Rüstungsindustrie aus rein militärischen Gründen stark entwickelten. Es ist jedem Kind bekannt, daß das riesige Lenin-Werk, die chemischen Fabriken in Leningrad, in Dneprow usw. fast ausschließlich Giftgasbuden sind, die heute Drogenmittel und ähnliches, aber morgen die gefährlichsten Sprengstoffe produzieren. Die Sowjetunion, die sich durch diese weitverbreiteten Mächte permanent bedroht sieht, die morgen auf das Gesicht Chamberlains und Berlins mit Giftgasbomben russische Arbeiter und Quern überfallen und ersticken, mußte natürlich tragen, die anfangs vernachlässigte Rüstungsindustrie im revolutionären Interesse zu entwickeln. Ihr kam, wie schon aus den Reden Wilhelm Koenens im Reichstag und Wilhelm Pieck im Preussischen Landtag bekannt wurde, die Abkehr deutscher Chemiekapitalisten gelegen, die in Rußland Konzessionen erwerben wollten. Das war niemandem besser bekannt, als den Führern der Sozialdemokratie, die zur Zeit der Erstellung dieser Konzession in den Regierungen und Ausschüssen saßen und diese Sache in Ordnung fanden. Da „übertrah!“ die